

Polen, Slowakei, Tschechien, Ungarn

CHRISTOPH ROYEN

Unter den aus den "samtenen Revolutionen" des Jahres 1989 hervorgegangenen postkommunistischen Demokratien bildeten Polen, die Tschechoslowakei und Ungarn von Anfang an eine besondere Gruppe. Denn nur in diesen drei Ländern war es während der Herrschaft der kommunistischen Parteien zu ernsthaften Versuchen reformkommunistischer Kräfte gekommen, das politische und sozio-ökonomische System zu liberalisieren. Dies ermöglichte zugleich auch eindeutigen Systemgegnern, sich als "Dissidenten" bzw. als "Bürgerrechtsbewegungen" zu organisieren. Wenngleich ihre im Kampf gegen die kommunistischen Regime erfolgreiche Einheit nach 1989 rasch zerfiel und die meisten der damaligen Protagonisten ihre Regierungsämter wieder eingebüßt haben, ändert dies nichts an dem entscheidenden Befund: Polen, Ungarn, und — nach der Auflösung der Föderation — Tschechien sowie, wenn auch mit einigen Vorbehalten, die Slowakei sind auf dem schwierigen Weg der Transformation in Richtung auf pluralistische Demokratie und Marktwirtschaft deutlich weiter fortgeschritten als alle übrigen Mitglieder des sowjetkommunistischen Machtbereichs.

Daraus folgt für die Mitgliedstaaten der Europäischen Union, daß zu allererst die Unterstützung derjenigen Staaten, bei denen die Aussichten auf ein Gelingen der Transformation am besten sind, gefordert ist. Nur so gewinnen auch die übrigen die Zuversicht, auf dem gleichen Wege folgen zu können.

Innenpolitische Entwicklungen

Das herausragende innenpolitische Ereignis 1993 stellt der Wahlsieg der "Linken" bei den polnischen Parlamentswahlen am 19. September dar. Jedoch liegt im Gegensatz zu der zunächst verbreiteten Sorge ausländischer Beobachter die Bedeutung dieses Vorgangs nicht etwa in einer Rückkehr der "Kommunisten" an die Macht, sondern vielmehr umgekehrt darin, daß die Nachfolgepartei der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei im pluralistischen Wettbewerb als loyaler Akteur mitwirkte und in freier Konkurrenz das Vertrauen der Wähler gewann. Ein ähnliches Ergebnis ist für den Mai 1994 bei den Parlamentswahlen in Ungarn zu erwarten. In beiden Fällen wird man dann von einer bestandenen Bewährungsprobe der jungen Demokratien sprechen dürfen.

Daß der Beweis für die Stabilisierung des demokratischen Systems natürlich auch ohne einen derartigen Regierungswechsel erbracht werden kann, zeigt freilich das Beispiel Tschechiens: Dort findet der pragmatische Wirtschafts-

liberalismus des Ministerpräsidenten Václav Klaus nach wie vor breite Zustimmung im Lande. Lediglich in der Slowakei ist noch nicht entschieden, ob der selbstherrlich populistische Kurs Vladimír Mečiar mit dessen parlamentarischem Sturz am 11. März 1994 endgültig gescheitert ist, oder ob es ihm bei den bevorstehenden Neuwahlen abermals gelingt, seine christdemokratischen und linken Konkurrenten zu überflügeln. Dennoch verdient es auf jeden Fall Anerkennung, wie von Mečiar einst ins Amt gebrachte Politiker, allen voran Staatspräsident Michal Kováč und der ehemalige Außenminister und derzeitige amtierende Premier Jozef Moravčík, es mit demokratischen Mitteln geschafft haben, den Slowaken wenigstens vorläufig eine Alternative zu bieten.

Die Prinzipien der Gewaltenteilung und des Rechtsstaats erscheinen insofern — im Gegensatz etwa zu den Verhältnissen in Rußland und in den anderen GUS-Staaten — in den vier mittelosteuropäischen Staaten bereits etabliert. Bislang gibt es auch kaum Anlaß, den Umgang der Regierungen und der Öffentlichkeit mit ethnischen Minderheiten zu beanstanden. Ungarn hat am 7. Juli 1993 sogar ein international als vorbildlich gewertetes Minderheitengesetz geschaffen. Rechtsextreme, chauvinistische und ausländerfeindliche Parteien sind vorläufig noch isoliert, und der Versuch eines deutlich nationalistischen Flügels unter István Csurka, innerhalb der damaligen ungarischen Regierungspartei, dem "Ungarischen Demokratischen Forum" (MDF), zu erstarken, endete im Sommer 1993 mit dem Parteiausschluß. Die einzige Ausnahme in diesem positiven Gesamtbild ergibt sich aus Mečiar's Politik der permanenten Nadelstiche gegenüber der ungarischen Minderheit in der Südslowakei.

Gleichwohl weist die zu errichtende demokratische politische Kultur — wie kaum anders zu erwarten — gelegentliche Mängel auf. Vor allem fällt es jungen Demokratien noch schwer, der "vierten Gewalt" ihren unabhängigen Wirkungsraum zuzugestehen: In Ungarn hat der von dem verstorbenen Ministerpräsidenten József Antall schon früh eingeleitete Streit mit dem liberalen Staatspräsidenten Árpád Göncz um die Autonomie von Fernsehen und Hörfunk mit einer Welle von Entlassungen einen Höhepunkt erreicht¹. In Polen ist es Präsident Lech Wałęsa, der seine Befugnisse ständig dazu nutzt, um ihm genehme Personen in leitende Positionen der Funkmedien zu bringen. Und in der Slowakei hatte Ministerpräsident Mečiar auch die Druckmedien weitgehend gleichgeschaltet.

Eine atypische, in individuellen Ambitionen begründete Gefahr für die weitere Verankerung der demokratischen Prinzipien geht von Lech Wałęsa aus: Obwohl gerade er darauf gedrängt hatte, daß Polen ein neues Wahlrecht erhielt, das der heillosen Parteienvielfalt im Sejm ein Ende bereitere, behauptet Wałęsa nun, das neue Parlament, in dem die rechten Parteien infolge ihrer Kräftezersplitterung nicht mehr vertreten sind, spiegele den Volkswillen nicht ausreichend wieder. Es sei deshalb nicht befugt, die überfällige Neufassung der Verfassung zu erarbeiten. In diesem Zusammenhang scheut er vor Diffamierungen der größten Fraktion, der "Union der demokratischen Linken" nicht zurück, und gibt seine früher betonte Ablehnung aller Forderungen nach Abrechnung ("lustracja") mit den

Kommunisten auf. Dabei weigert er sich anzuerkennen, daß die polnischen Wähler im Herbst 1993 der Rechten auch deshalb eine Absage erteilt hatten, weil die von ihr vertretenen klerikal-konservativen Tendenzen, etwa bei der rigiden Neuregelung des Schwangerschaftsabbruchs oder der Einführung des obligatorischen Religionsunterrichts an den Schulen, im Gegensatz zur Auffassung der Mehrheit der Polen standen. Die alte Gleichung "Pole = Katholik" ist mit dem Ende des Kommunismus hinfällig geworden. Seither übernehmen auch die Polen die moderne Trennung von Kirche und demokratischem Staat.

Der subregionale Verbund des Visegráder "Vierecks"

Bei der Gründung des ursprünglichen Visegráder "Dreiecks"² am 15. Februar 1991 waren vor allem drei Motive maßgebend: Erstens spielte damals in Warschau, Prag und Budapest noch die im gemeinsamen Widerstand gegen die kommunistischen Regime gewachsene Solidarität der Bürgerrechtsbewegungen eine wesentliche Rolle. Zweitens suchten die sich bewußt als "Mitteleuropäer" verstehenden neuen Eliten gemeinsam nach Wegen, den Zerfall der sowjetisch dominierten Zusammenschlüsse des Warschauer Pakts und des Rates für gegenseitige Wirtschaftshilfe zu beschleunigen und sich künftigen hegemonialen Tendenzen Moskaus endgültig zu entziehen. Drittens wurde ihnen seitens der Europäischen Gemeinschaft, insbesondere durch den Präsidenten der Kommission, Jacques Delors³, bedeutet, die Gemeinschaft werde es begrüßen, wenn die auf die "Rückkehr nach Europa" hoffenden und die Aufnahme in die damalige Europäische Gemeinschaft anstrebenden Staaten zunächst in einer Übergangs- und Vorbereitungsphase erstmals eigene Erfahrungen mit freiwilliger nachbarschaftlicher Kooperation miteinander sammeln würden.

Diese Voraussetzungen sind inzwischen nur noch eingeschränkt gegeben. Von den an der Gründung des Dreiecks beteiligten regierenden Parteien ist keine mehr an der Macht. Auf der Ebene der Staatspräsidenten macht sich vor allem die Tatsache bemerkbar, daß Václav Havel, der der eigentliche Promotor des Visegráder Zusammenschlusses gewesen war, seit der von ihm bekämpften Teilung der Tschechoslowakei viel von seinem Einfluß eingebüßt hat. Sein Widerpart, Ministerpräsident Václav Klaus, hingegen hat von Anfang an bis heute immer wieder deutlich gemacht, daß er die subregionale Kooperation als Hindernis für den raschen Aufstieg der Tschechischen Republik zu einem vollwertigen Mitglied der europäischen Staatengemeinschaft betrachtet⁴. Die Slowakei ihrerseits leidet darunter, daß sie weder im Kreis der vier Partner noch bei vielen westlichen Politikern, die bei der Aufzählung der mittel(ost)europäischen Kandidaten für eine Erweiterung von EU und NATO allzu oft die Slowakei "vergessen", als gleichrangig anerkannt wird.

Sogar die 1993 zu verzeichnende Wende zu imperialen Tendenzen in der Außenpolitik Rußlands, die über die problematische Beanspruchung einer Vormachtrolle gegenüber den Nachfolgestaaten der ehemaligen Sowjetunion — also

mit Einschluß der baltischen Staaten — hinaus auch Mitteleuropa zur "Zone besonderer eigener Interessen" erklärt⁵ und sich deshalb in der zweiten Jahreshälfte vehement gegen jede Osterweiterung der NATO wandte, hat nicht zu mehr Solidarität der Visegrád-Staaten geführt. Lediglich Polen und Ungarn schienen gewillt, im sicherheitspolitischen Bereich ihre Zusammenarbeit zu intensivieren⁶.

Freilich hat auch die Politik der westlichen Staaten wenig zur Stärkung des Visegráder Verbunds beigetragen. Das NATO-Konzept der "Partnerschaft für den Frieden" ist vorläufig ausdrücklich bilateral angelegt und soll in einem "self-selecting process" eher die Konkurrenz der östlichen Partnerländer um die engste Form der Kooperation mit dem westlichen Bündnis fördern⁷. Vor allem aber hat der Europäische Rat in Kopenhagen am 21./22. Juni 1993, als die vier Visegrád-Staaten mit Bulgarien und Rumänien unterschiedslos zur Gruppe der "Staaten mit Europaabkommen" zusammengefaßt wurden, zu erkennen gegeben, daß er nicht mehr daran denkt, die eigenen subregionalen Integrationsansätze der Visegráder Beitrittskandidaten zu honorieren⁸. Damit kann sich Václav Klaus in seiner Abwertung des Visegráder Verbunds nur bestätigt sehen.

Zwar ist das im Dezember 1992 in Krakau abgeschlossene Abkommen zur Schaffung einer "mitteleuropäischen Freihandelszone" (CEFTA) mittlerweile in Kraft getreten. Dennoch sind die damit eröffneten Perspektiven einer Steigerung des wirtschaftlichen Austauschs eher bescheiden⁹. Gewiß wäre es richtig und notwendig, den derzeit um die 3-Prozent-Marke stagnierenden Intra-Visegrád-Außenhandel zu erweitern. Doch angesichts der jahrzehntelang auf Moskau und zuvor noch länger auf andere größere Nachbarn ausgerichteten Wirtschaftsstrukturen wird es schwerfallen, die erforderliche komplementäre Arbeitsteilung der beteiligten Volkswirtschaften zu schaffen. Demgegenüber beachten jedoch die Regierungen der Visegrád-Staaten wie auch ihre westlichen Ratgeber viel zu wenig, daß es neben dem rein ökonomischen Aspekt auch die politisch bedeutsamen Kooperationsbereiche der kulturellen Zusammenarbeit, der Rechtsangleichung sowie der Abstimmung der Außen- und Verteidigungspolitik gibt. Hier lägen durchaus Chancen, den Verbund in seiner Leistungsfähigkeit aufzuwerten.

Die Visegrád-Staaten und die Europäische Union

Die Kopenhagener Gipfeltagung des Europäischen Rates im Juni 1993 hat immerhin den Versuch unternommen, den Klagen der Mitteleuropäer, die in den Assoziationsverträgen wie auch in den ihnen vorausgehenden Interimsabkommen vereinbarte Asymmetrie der gegenseitigen Marktöffnungen habe sich faktisch in das Gegenteil des Gewollten verkehrt, abzuhelpen. Gleichwohl wird sich der bisherige Trend des Überwiegens der Lieferungen aus dem EU-Raum über die Bezüge aus den Visegrád-Ländern nicht so leicht umkehren lassen. So ergab sich bei den Handelsbeziehungen zu Polen auch 1993 ein Passivsaldo von über 1 Mrd. US-\$¹⁰ für Polen. In ähnlicher Größenordnung muß der Passivsaldo Ungarns angesetzt werden. Allerdings trifft es zu, wie polnische Fachleute erläu-

tern, daß die polnischen Importe einen erheblichen Anteil von Investitionsgütern enthalten, deren Einsatz in den kommenden Jahren die Wettbewerbsfähigkeit polnischer Anbieter verbessern wird¹¹. Hingegen scheint es 1993 Tschechien gelungen zu sein, im Handel mit den EU-Ländern einen Überschuß zu erzielen¹².

Die bis zum Sommer 1993 gewachsene Enttäuschung in den Visegrád-Staaten über den Widerspruch zwischen Worten und Taten der EU — der in der Formulierung eines polnischen Kommentators den Beitritt ebenso gewiß mache, "wie die künftige Landung des ersten Menschen auf dem Mars"¹³ — wurde jedoch seither aus zwei anderen Gründen weniger heftig vorgetragen. Zum einen verfolgte man auch in den östlichen Hauptstädten mit Sorge, wie mühsam die Annahme des Maastricht-Vertrages in den zwölf Mitgliedsländern und anschließend die Verhandlungen um die Aufnahme der vier EFTA-Staaten verliefen.

Zum anderen beherrschte in der zweiten Jahreshälfte bis zum NATO-Gipfel vom 10./11. Januar 1994 das Thema der NATO-Osterweiterung die öffentlichen Debatten. Gelegentlich konnte sogar der Eindruck entstehen, als hoffe man in Mitteleuropa, den Anschluß an die westliche Welt nun einfacher und eher über die NATO zu erreichen. Soweit Sprecher der Visegrád-Staaten freilich geltend machten, die NATO-Mitgliedschaft werde einen wichtigen Beitrag zur Stabilisierung der Demokratie in ihren Ländern leisten, vermochte dies ebensowenig zu überzeugen wie die abstrakten Hinweise auf eine drohende Gefahr aus dem Osten. Gewiß bedarf der Moskauer Anspruch, über eine eventuelle Osterweiterung der NATO (wie womöglich auch der WEU) mitzuzentscheiden, klarer Zurückweisung, zumal nicht einzusehen ist, weshalb die russischen Demokraten ein Näherrücken des demokratischen Bündnisses der NATO als Gefahr betrachten. Doch gilt es, ebenso offen die Mitteleuropäer darauf hinzuweisen, daß jeder russische Neo-Imperialismus vorläufig ausreichend damit zu tun haben würde, die Russische Föderation und die GUS zusammenzuhalten, so daß unterdessen die Garantie der demokratischen Entwicklungen in Mitteleuropa in erster Linie vom Erfolg der inneren Transformationen abhängt. Hierzu indessen ist nicht der Beitrag der NATO, sondern der EU notwendig¹⁴!

Nachdem am 1. Februar 1994 die Assoziationsverträge mit Polen und Ungarn in Kraft getreten sind, hat Ungarn am 1. April seinen Beitrittsantrag in Brüssel gestellt. Polen folgte eine Woche darauf, während Tschechien sich anheischig macht, trotz eines verzögerten Starts doch noch als erster durchs Ziel zu gehen¹⁵. Selbst wenn es derzeit wenig wahrscheinlich ist, daß es schon bis zum Jahr 2000 zu einem Beitritt kommt, so gibt es immerhin Möglichkeiten, dem berechtigten Wunsch der Visegrád-Staaten nach präferenzialer Behandlung zu entsprechen: Abgesehen von der nach Kopenhagen eingeleiteten Intensivierung des politischen Dialogs mit allen sechs "Europaabkommen-Staaten" wird neuerdings auch wieder der bereits vor Jahren erwogene Gedanke einer vorgezogenen Teilmitgliedschaft wieder aufgeworfen¹⁶. Er sollte jedoch nicht dazu benutzt werden, die ökonomische Integration auszuklammern.

Anmerkungen

- 1 Vgl. Neue Zürcher Zeitung v. 18. 3. 1994, S. 7.
- 2 Vgl. den Beitrag von Kramer, Heinz: Polen, Ungarn, Tschechische Republik, Slowakische Republik, in: Weidenfeld, Werner/Wessels, Wolfgang (Hrsg.): Jahrbuch der Europäischen Integration 1992/93, Bonn 1993, S. 393–399 und den dort in Anm. 1 gegebenen Hinweis.
- 3 Vgl. Frankfurter Allgemeine Zeitung v. 20. 3. 1992, S. 6.
- 4 Vgl. Kohler, Berthold: Ohne Bremser nach Westen. Prag hält das "Visegrád"-Konzept für überholt, in: FAZ v. 18. 1. 1994, S. 10.
- 5 Vgl. die Angaben über die Bestätigung eines Grundsatzpapiers, betreffend "Allgemeine Grundlagen der Außenpolitik der Russischen Föderation" durch Präsident Jelzin, in: Nezavisimaja Gazeta v. 29. 4. 1993, S. 1/3.
- 6 Vgl. das Interview mit dem ungarischen Außenminister Jeszensky, in: FAZ v. 9. 2. 1994, S. 3; die Äußerungen Präsident Wałęsas in einem PAP-Interview vor dem Besuch des ungarischen Präsidenten Göncz, in: BPA, Fernseh-/Hörfunkspiegel Ausland, Nr. 59 v. 25. 3. 1994, S. 24.
- 7 Vgl. dazu die vier Beiträge zu diesem Thema, in: RFE/RL Research Report 12 v. 25. 3. 1994, S. 1–43; dort auch der Text des Beschlusses des NATO-Gipfels, S. 22/23.
- 8 Kritisch dazu die damals noch amtierende polnische Ministerpräsidentin Hanna Suchocka, in: Rzeczpospolita v. 25. 6. 1993, S. 23.
- 9 Zur Bewertung des Abkommens vgl. Inotai, András: Die Visegrád-Länder. Eine Zwischenbilanz, in: Europäische Rundschau 1 (1994), S. 52–60; Zschiedrich, Harald: Die Freihandelszone der "Visegrád-Staaten". Neubeginn einer intraregionalen Kooperation?, in: Südosteuropa 9 (1993), S. 491–511; Okolicsanyi, Karoly: The Visegrad Triangle's Free Trade Zone, in: RFE/RL Research Report 3 v. 15. 1. 1993, S. 19–22.
- 10 Vgl. Pawlicki, Jacek, in: Gazeta Wyborcza v. 10. 1. 1994.
- 11 So Ludwig, Michael, in: FAZ v. 2. 2. 1994, S. 2.
- 12 Vgl. FAZ v. 10. 3. 1994, S. 16.
- 13 Wojna, Krzysztof, in: Polityka 27 v. 3. 7. 1993, S. 18.
- 14 Vgl. näher dazu Royen, Christoph: Rozszerzenie UE i NATO oraz zrastanie się Europy (Die Erweiterung der EU und der NATO und das Zusammenwachsen Europas), in: Polska w Europie 13 (Januar 1994), S. 77–85.
- 15 Vgl. die Äußerungen von Václav Klaus während seines Besuchs in Brüssel, in: Le Monde v. 12. 3. 1994, S. 5.
- 16 Die polnische Tageszeitung Rzeczpospolita v. 25. 2. 1994, S. 23, zitiert dafür sowohl Kommissionspräsident Delors wie auch das portugiesische Mitglied der Kommission João de Deus Pinheiro.

Weiterführende Literatur

- Brock, Lothar/Hauchler, Ingomar (Hrsg.): Entwicklungen in Mittel- und Osteuropa. Über Chancen und Risiken der Transformation, Bonn 1993.
- Larrabee, F. Stephen: East European Security After the Cold War, Santa Monica 1993.
- Rollo, Jim/Smith, Alasdair: The Political Economy of Eastern Europe's Trade with the European Community, in: Economic Policy 16 (April 1993).
- Royen, Christoph: Umbruch in Mittelosteuropa, in: Zunker, Albrecht (Hrsg.): Weltordnung oder Chaos? Beiträge zur internationalen Politik; Festschrift zum 75. Geburtstag von Klaus Ritter, Baden-Baden 1993, S. 176–192.
- Vachudova, Milada Anna: The Visegrad Four. No Alternative to Cooperation?, in: RFE/RL Research Report 34 v. 27. 8. 1993, S. 38–47.